

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 14 | März 2014

Fraktion der progressiven Allianz der
Sozialisten & Demokraten
im Europäischen Parlament

S&D

Liebe Leserin,
lieber Leser,

heute präsentiere ich Ihnen die inzwischen 14. Ausgabe meines Magazins „Blickpunkt Europa“.

In einem Artikel gehe ich auf das Schweizer Votum zur Zuwanderung vom 09. Februar und damit verbundene mögliche Konsequenzen ein. Zudem informiere ich über den aktuellen Stand der Debatten im Europäischen Parlament zur NSA-Spähaffäre.

Das Parlament setzt sich für die Bekämpfung der Diskriminierung homo-, bi-, trans- oder intersexueller Menschen ein. Hierzu finden Sie einen weiteren Text in meinem Infomagazin. Zudem informiere ich über anstehende bzw. bereits durchgeführte Besucherfahrten nach Brüssel und Straßburg sowie eine Auswahl meiner Termine.

Eine spannende Lektüre wünscht Ihnen



Birgit Sippel

Birgit Sippel

Was ist denn da passiert?

Ein Kommentar zur Annahme der Volksinitiative
„Gegen Masseneinwanderung“ in der Schweiz

Am 9. Februar hat eine hauchdünne Mehrheit von 50,3 % der Schweizer Bevölkerung der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ zugestimmt. Initiator war die rechtspopulistische Schweizer Volkspartei (SVP). Sie will erreichen, dass Zuwanderung künftig durch Höchstzahlen und Kontingente gesteuert wird. Betroffen wären Zuwanderer aus der EU ebenso wie Menschen aus anderen Staaten, Flüchtlinge und Menschen, die im Rahmen der Familiensammenführung in die Schweiz kommen wollen. Übrigens: die größte Gruppe der Zuwanderer aus EU-Ländern kommt aus Italien und Deutschland.

Was bedeutet das konkret für die Schweiz / für uns?

Die Schweiz ist nicht Mitglied der EU, sie profitiert jedoch vom Europäischen Binnenmarkt. Dazu hat sie mehrere Abkommen mit der EU unterzeichnet, u. a. das Freizügigkeitsabkommen, das 2002 nach einer Volksabstimmung in Kraft trat. Die insgesamt sieben Abkommen (Bilaterale I) sind durch die so genannte Guillotine-Klausel miteinander verbunden: fällt eines der Abkommen oder wird eines der Abkommen einseitig gekündigt, sind auch alle anderen hinfällig! Eine Umsetzung der Volksinitiati-

Fortsetzung auf Seite 2



Eine knappe Mehrheit der Schweizer hat sich für eine Steuerung der Zuwanderung durch Kontingente und Höchstzahlen entschieden.

Fortsetzung von Seite 1

ve hätte damit in letzter Konsequenz also deutliche Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz.

Was war Anlass für die Abstimmung?

Der Ausländeranteil von 23,5 % erscheint hoch, ist jedoch nicht neu. Bereits vor den Verträgen mit der EU lag dieser etwa 1999 bei ca. 20,3 %. Der Schweizer Wirtschaft geht es gut. Das Land hat nur etwa 3 % Arbeitslosigkeit und ist auf Zuwanderung angewiesen. Tatsächlich führen Initiatoren

und Wähler ganz konkrete Alltagsprobleme als Grund für die Abstimmung an, z. B. überlastete Infrastruktur und hohe Mieten.

Begrenzung der Zuwanderung als Problemlösung?

Auch nach der Abstimmung will offenbar eine Mehrheit von 74 % der Schweizer die Verträge mit der EU beibehalten. Mit einer Einschränkung der Freizügigkeit ist dies jedoch nicht möglich. Und: Kommen künftig weniger Arbeitskräfte, hätte dies unmittelbar Auswirkungen auf das Wachstum der Wirtschaft. Tatsächlich könnte eine Lösung womöglich ganz anders aussehen: Wenn

wirtschaftliches Wachstum und Zuwanderung miteinander verknüpft sind, dann ist es Aufgabe der Schweizer Politik, dem Anlass für die Volksinitiative zu begegnen. Wenn Wirtschaft und Bevölkerung wachsen, müssen etwa Infrastruktur und Wohnungsbau gestärkt werden. Der wirtschaftliche Erfolg muss allen Einwohnern zugute kommen. Dann kann eine erneute Volksabstimmung wie bereits 2002 ganz anders ausgehen als jetzt.

Und auch wenn die Schweiz nicht Mitglied der EU ist: dies wäre möglicherweise auch ein Ansatz für die Politik in Europäischen Mitgliedsstaaten.

EU-Parlament fordert Fahrplan zur Stärkung der Rechte von LGBTI-Personen

Zahlreiche Konservative, auch CDU-Abgeordnete aus Westfalen, leisten Widerstand

Der Grundsatz der Gleichbehandlung ist ein zentraler Wert der EU. In der Realität kann die eigene sexuelle Ausrichtung oder Geschlechtsidentität aber oftmals zu massiver Diskriminierung führen. Diskriminierung von lesbischen, schwulen, bi-, trans- oder intersexuellen Personen (LGBTI-Personen) hat dabei im Alltag viele Gesichter: von Mobbing in der Schule oder am Arbeitsplatz, der Beschränkung von Pride-Veranstaltungen (also Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Mahnwachen, die den selbstbewussten Umgang mit der eigenen sexuellen Identität zum Ausdruck bringen sollen) bis hin zu Gewalt gegen Menschen. Grundrechte haben aber kein Geschlecht, sondern müssen ausnahmslos für alle Menschen in der EU gelten. Dass wir davon nach wie vor weit entfernt sind, belegt eine Studie der Europäischen Grundrechtsagentur in Wien. Danach berichten 47 Prozent der Befragten von Diskriminierung bzw. sogar von Belästigung aufgrund der eigenen sexuellen Ausrichtung oder Identität. Das Europäische Parlament hat deshalb am 04. Februar 2014 mit Unterstützung der Sozialdemokraten einen Initiativbericht zur Stärkung der Rechte von LGBTI-Personen angenommen. In dem Bericht fordern wir die Europäische Kommission, die EU-Mitgliedstaaten und zuständige EU-Agenturen auf, eine umfassende Politik zur Beseitigung bestehender Diskriminierungen zu erarbeiten. Eine solche umfassende Strategie, auch Fahrplan genannt, gibt es etwa schon für die bessere Integration der Roma oder von Menschen mit Behinderung in Europa.

Unsäglich in der Debatte war die massive konservative Mobilisierung gegen diesen Bericht. Auch deutsche CDU/CSU-Abgeordnete, etwa aus Nordrhein-Westfalen, haben sich an diesem traurigen Spiel beteiligt. Diese Hetze ist nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch politisch in Europa untragbar, da feindselige Verleumdung etwa Schwule und Lesben zu Menschen zweiter Klasse

degradiert. Anders als von den Kritikern behauptet, achtet der Bericht die Zuständigkeiten der EU-Staaten und greift gerade etwa nicht in die nationale Kompetenz ein, selbst zu entscheiden, ob gleichgeschlechtliche Ehen für die eigenen Bürger möglich sein sollen oder nicht. Wir fordern die Kommission allerdings auf, Vorschläge für

die gegenseitige Anerkennung von Personenstandsdokumenten in allen Mitgliedstaaten vorzulegen – um zum Beispiel das Recht auf Freizügigkeit für alle Familien zu gewährleisten. Das ist eine EU-Kompetenz. Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass europäische Grundrechte für alle Menschen in der EU gelten.



Grundrechte haben kein Geschlecht!

SPD-Europaabgeordnete stimmen für Schutz von Snowden

Mitte Februar beherrschte ein Thema viele Schlagzeilen: Die Abstimmung des so genannten NSA-Berichts in meinem Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Dieser Bericht ist das Ergebnis einer sechsmonatigen Untersuchung unseres Ausschusses. Unser Ziel war es dabei, Licht ins Dunkel der im Juni 2013 öffentlich gemachten anlasslosen Massenüberwachung europäischer Bürger zu bringen und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren. Bis kurz vor den Abstimmungen haben die Vertreter aller Fraktionen um Kompromissierungen. Insbesondere der konservativen europäischen Volkspartei waren dabei die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten oft wichtiger als europäische Bürgerrechte.

Der Kampf gegen den Terrorismus kann niemals als Rechtfertigung für die anlasslose Massenüberwachung unserer Bürger dienen. Die Annahme dieses Berichts im Innenausschuss ist deshalb insgesamt ein politischer Erfolg, zu dem die Sozialdemokraten maßgeblich beigetragen haben. Leider wurde in der medialen Berichterstattung einiges verkürzt dargestellt was die Position der SPD-Gruppe zu diesem Bericht angeht.

Unsere Position zum Schutz von Whistleblowern

Whistleblower wie Edward Snowden oder Chelsea Manning haben in den letzten Jahren durch ihre Enthüllungen wichtige Debatten ausgelöst. Sie sind aber bei weitem nicht die einzigen, die flächendeckende elektronische Überwachung anprangern oder andere Missstände aufzeigen. Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass Whistleblower rechtlich besser geschützt werden. Alle, die den Mut haben, an die Öffentlichkeit zu treten und Skandale publik zu machen, müssen rechtlich geschützt werden.

Die SPD-Vertreter im Innenausschuss haben am Mittwoch, den 12. Februar 2014, gemeinsam mit einigen anderen sozialdemokratischen Kollegen für den Änderungsantrag 182 gestimmt. In diesem werden die EU-Staaten aufgefordert, Edward Snowden „Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung, Ausweisung und Auslieferung durch Drittparteien zu gewähren“. Leider fand sich dafür keine ausreichende Mehrheit. Ich hätte mir gewünscht, dass mehr Kollegen mutiger gewesen wären. Wir konnten uns allerdings mit einer ähnlichen Formulierung gegen konservativen Widerstand durchsetzen: Die Mitgliedstaaten sollen sorgfältig Möglichkeiten prüfen, Whistleblowern Schutz vor internationaler Verfolgung zu bieten. Diese Forderung beruht auf einem Änderungsan-

trag, den ich gemeinsam mit meinen sozialdemokratischen Kollegen Josef Weidenholzer (Österreich) und Carmen Romero López (Spanien) eingebracht habe.

Wichtig ist, dass es in der EU einheitliche Regeln für den Schutz von Whistleblowern gibt. Deswegen ist es ein weiterer sozialdemokratischer Erfolg, dass in dem Bericht eine Forderung an die EU-Kommission festgeschrieben wird, einen Vorschlag über einen einheitlichen Rechtsrahmen zum Schutz von Whistleblowern in der EU vorzulegen.

Weitere Erfolge des Berichts

Darüber hinaus konnten wir weitere klare Forderungen und Handlungsempfehlungen an das EU-Parlament, die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission in dem Bericht verankern. Bezüglich einer möglichen Freihandelszone zwischen der EU und den USA haben wir etwa deutlich gemacht, dass wir einem solchem Freihandelsabkommen ohne starke Grundrechtsgarantien nicht zustimmen werden. Insbesondere dürfen Datenschutzbelange nicht extra in diesem Abkommen geregelt werden, um nicht ein „Parallelrecht“ neben europäischen Datenschutzstandards zu schaffen. Außerdem fordern wir in dem Bericht ein Einfrieren des SWIFT-Abkommens mit den USA. Dieses regelt die Weitergabe von Bankdaten europäischer Bürger an Washington. Obwohl das

EU-Parlament dies bereits am 23. Oktober 2013 als Reaktion auf den NSA-Skandal gefordert hatte, versuchten konservative Politiker, diesen Punkt wieder aus dem Bericht zu wählen – wohl aus Angst vor der Reaktion der US-Amerikaner. Das ist ihnen aber nicht gelungen. Als weitere Forderung nennt der Bericht die Aufkündigung des so genannten Safe-Harbour-Abkommens, das Firmen die Weitergabe personenbezogener Daten von EU-Bürgern in die USA erlaubt. Im Zuge der NSA-Enthüllungen wurde nämlich bekannt, dass der US-Geheimdienst im großen Stil auf die Daten von US-Firmen zugreift, die seit 2000 unter dem Safe-Harbour-Regime von der EU-Kommission als vermeintlich datenschutzfreundlich anerkannt sind.

Wie es weitergeht mit der Forderung nach Schutz für Edward Snowden

Bei der Plenarabstimmung des Berichts, die voraussichtlich im März 2014 stattfinden wird, gibt es die Möglichkeit, Änderungsanträge, die wie der Antrag Nr. 182 im Ausschuss abgelehnt wurden, wieder neu einzubringen. Dafür braucht es 40 Unterstützer. Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir erneut über die Forderung nach Schutz speziell für Edward Snowden entscheiden können. Sollte es im Plenum zu einer solchen Abstimmung kommen, werde ich für diesen Antrag stimmen.



Edward Snowden hat die Abhörpraktiken und technischen Möglichkeiten verschiedener Geheimdienste aufgedeckt.

Besucher im Parlament

Schon im vergangenen Jahr war die Liste der Interessentinnen und Interessenten für Informationsfahrten zum Europäischen Parlament in Brüssel und Straßburg in 2014 richtig lang.

Ende Januar besuchten mich Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus Pulheim in Brüssel. Mitte Februar sprach ich

zum Thema „Asyl“ mit StudentInnen aus ganz Deutschland, die mit dem „Verein zur Förderung politischen Handelns“ aus Bonn nach Brüssel kamen. Am 26. Februar durfte ich meine „Jubiläumsgruppe“ – die 50te von meinem Büro organisierte Besuchergruppe – im Europäischen Parlament in Straßburg zu einem Gespräch begrüßen. Mitte März erwarte ich den Besuch des „Sozialwerk

St. Georg“ aus Lippstadt. Die Schülerinnen und Schüler der „Hannah-Arendt-Gesamtschule“ aus Soest sowie das Kollegium der Gewerblichen Schulen des Lahn-Dill-Kreises besuchen mich Ende März im Europäischen Parlament in Brüssel. Für Anfang April sind zwei weitere Besuchergruppen geplant: die AsF des Märkischen Kreises sowie der SPD-Stadtverband Wetter.



Termine vor Ort

In den vergangenen Wochen habe ich an verschiedenen Konferenzen und Veranstaltungen zur Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen im Mai teilgenommen. Zu Beginn des Jahres standen zudem einige Neujahrsempfänge auf meinem Terminplan.

Das Thema „Jugendarbeitslosigkeit in Europa“ stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Iserlohn. Bei einer Podiumsdiskussion wurden mögliche Lösungsansätze diskutiert und verschiedene Maßnahmen und Projekte auf Landes- und regionaler Ebene angesprochen, ebenso wie die vom Europäischen Parlament initiierte Jugendgarantie, die alle Jugendlichen Ausbildung und Beschäftigung sichern soll. Aktuelle Probleme müssen aber ganz konkret vor Ort gelöst werden. Programme von Kammern, Arbeits- und re-

gionalen Agenturen sowie des Landes NRW, die zum Teil durch europäische Fördermittel unterstützt werden, müssen ineinander greifen, um jungen Menschen eine echte Beschäftigungsperspektive zu bieten.

Die Enthüllungen zur Spähaffäre durch den amerikanischen Geheimdienst NSA haben die Debatte um den Schutz persönlicher Daten der Bürgerinnen und Bürger neu entfacht. Darüber hinaus gewinnt auch das Thema der Wirtschaftsspionage immer größere Bedeutung in dieser Debatte. Bei einer Veranstaltung in Lippstadt im Februar ging es um die Abwägung zwischen immer mehr Überwachung zur Sicherheit auf der einen Seite und die Gewährleistung von Datenschutz auf der anderen.

„Frauen verändern EUROPA verändert Frauen“ ist der Titel einer Veranstaltung im

Rahmen des Internationalen Frauentags, zu der ich am 09. März nach Arnsberg einlade. Petra Kersting, Leiterin des Zentrums Frau in Beruf und Technik in Castrop-Rauxel und frühere Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Arnsberg, wird hierzu einen einleitenden Vortrag halten. Junge Menschen zwischen 16 – 20 Jahren sind eingeladen, am 22. März in Soest an zwei Planspielen zu den Europawahlen und zum Thema Asylpolitik der EU teilzunehmen. Die Planspiele werden durch professionelle Trainer durchgeführt.

Die bevorstehende Europawahl ist Unterrichtsthema an vielen Schulen in Südwestfalen und darüber hinaus. Hierzu habe ich bereits an einigen Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern teilgenommen. In den kommenden Wochen sind weitere Podiumsdiskussionen und Gespräche an Schulen geplant.

Impressum

Verantwortlich:

Birgit Sippel MdEP
Ulricherstraße 26
D-59494 Soest

Tel: 02921/364738

E-mail: europa@birgit-sippel.de
Internet: www.birgit-sippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel

Redaktion: Europabüro Birgit Sippel
Realisierung: **WehKah.de**

Bilder:

Seite 1 (Schweiz):
Photocase / Krockenmitte

Seite 2 (Regenbogen):
Photocase / gunsbo.rench

Seite 3 (Kabel):
Photocase / nosmpls

Seite 4 (Parlament):
Photocase / altplecher

Für Südwestfalen im Europäischen Parlament.

